

Landratsamt Bad Kissingen – Postfach 1820 – 97685 Bad Kissingen

Bundesnetzagentur
Stichwort: Netzentwicklungsplan /
Umweltbericht 2021-2035
Postfach 8001
53105 Bonn

Per E-Mail an NEP-UB-2021-2035@bnetza.de

DATUM
14.10.2021

Stellungnahme zum Entwurf der Bestätigung des Netzentwicklungsplans Strom 2021 - 2035 und zum Entwurf des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2021 - 2035

DIENSTGEBÄUDE
Obere Marktstraße 6
97688 Bad Kissingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

KONTAKT
Fon 0971 801-3020 oder 3010
Fax 0971 801-3021
vzl@kg.de
www.landkreis-badkissingen.de

aus Sicht des Landkreises Bad Kissingen ist auch weiterhin der Bedarf an der „Fulda-Main-Leitung“ (Vorhaben 17 bzw. P 43) nicht in transparenter Weise dargestellt und nachgewiesen. Insbesondere steht nach Überzeugung des Landkreises fest, dass der damit verfolgte Zweck auch anderweitig und umweltschonender erreicht werden kann.

ZUSTÄNDIG
Herr Schoenwald

FON
0971 801-4170

Die alternativlose Übernahme dieses Vorhabens in das Bundesbedarfsplangesetz mutet auch deshalb willkürlich an, da Grundlage hierfür eine rein politische Einigung dreier Landesminister mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier ist.

E-MAIL
thomas.schoenwald@kg.de

Unstreitig ist, dass die politisch und gesellschaftlich gewollte Energiewende den Bau von Übertragungsnetzen vom Norden in die südlichen Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg und Bayern erfordert. Hierzu muss jedes Bundesland und jede Region in Deutschland einen besonderen Beitrag leisten.

Unter dem Gesichtspunkt, dass um das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld bereits eine umfangreiche Stromleitungsinfrastruktur vorhanden ist, erscheint es auch nachvollziehbar, diese in das aufgrund der Energiewende auf- und auszubauende Stromleitungsnetz einzubeziehen.

Allerdings ist aus umweltfachlichen Gesichtspunkten zu beachten, dass der Landkreis Bad Kissingen sowie die umliegende Region und vor allem der Bereich um Berggrheinfeld bereits durch den SuedLink erheblich belastet wird. Im Landkreis Bad Kissingen spaltet sich das Vorhaben 3 des SuedLink von der Stammtrasse ab. Dies hat zur Folge, dass der Landkreis von einer Nord-Süd-Trasse und von einer Ost-West-Trasse des SuedLink durchquert wird.

Zu berücksichtigen ist auch, dass alleine durch den SuedLink ein Vielfaches der ursprünglich im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld produzierten Strommengen in der Region ankommt. Da dieser Strom weiter verteilt werden muss, werden alleine schon aus diesem Grunde zusätzliche Leitungskapazitäten benötigt.

Deshalb gilt es hier, auch aus umweltfachlichen Gesichtspunkten Grenzen zu setzen und die Region vor einer völligen Überlastung mit Strominfrastruktur zu schützen.

Dies haben seinerzeit die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD erkannt und sich im Juli 2015 auf ein Eckpunktepapier zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende und für einen bürgerfreundlichen Netzausbau verständigt. Zielvorgabe des Eckpunktepapiers war es, den Bereich Grafenrheinfeld / Berggrheinfeld im Landkreis Schweinfurt als Einspeiseschwerpunkt und damit auch die benachbarten Landkreise, die von den Zu- und Ableitungen betroffen wären, zu entlasten. Hiernach war eine weitestgehende Entlastung des nach den bisherigen Szenarien und Netzentwicklungsplänen zu stark beanspruchten Netzknotenpunkts Grafenrheinfeld / Berggrheinfeld vorgesehen. In dem Eckpunktepapier vom 01. Juli 2015 heißt es wörtlich:

„Um eine Entlastung der Region um Grafenrheinfeld zu erreichen, wird die Bundesnetzagentur im Netzentwicklungsplan 2024 die Übertragungsnetzbetreiber auffordern, Alternativen zu entwickeln, damit die beiden als Neubau geplanten Drehstrommaßnahmen Mecklar-Grafenrheinfeld und Altenfeld-Grafenrheinfeld entfallen können und stattdessen in Bestandstrassen mitgeführt und neue Endpunkte möglich werden.“

Aus umweltfachlicher Sicht sind für die Drehstrommaßnahmen also großräumige Alternativen zu prüfen, um die Umwelt in der Region nicht noch zusätzlich zum SuedLink und den bereits damit einhergehenden Strominfrastrukturmaßnahmen zu belasten.

Hinzu kommt, dass sich inzwischen die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen dafür einsetzen, die SuedLink-Kapazität nochmals deutlich zu erhöhen, um eine zusätzliche Gleichstromleitung von Nord nach Süd durch diese Bundesländer zu vermeiden. Dies zeigt einerseits, dass auch in Baden-Württemberg und Hessen zusätzlich Windstrom aus dem Norden benötigt wird. Der Gedanke der Verstärkung des ohnehin geplanten SuedLink erscheint daher zunächst auch nicht völlig abwegig. Andererseits würde die damit verbundene Verbreiterung erneut zulasten der Region gehen, in der auch die neue Trasse für die Fulda-Main-Leitung (P43) geplant wird. Dieser Aspekt muss frühzeitig bei der Netzplanung berücksichtigt werden.

Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass der Strombedarf für Bayern durch das Vorhaben Nummer 4 des SuedLink sowie durch den SüdostLink gedeckt wird. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, fordern wir die ausdrückliche Aufnahme der Feststellung in die Bestätigung des Netzentwicklungsplans, dass der Strombedarf in Bayern nicht durch die Milliardenprojekte SuedLink und SuedOstLink gedeckt werden kann.

Für den aus dem Norden in Mecklar bzw. in Dipperz ankommenden Strom bietet es sich vor diesem Hintergrund also an, diesen bereits von Mecklar oder spätestens Dipperz aus direkt in die Zielgebiete nach Hessen und Baden-Württemberg zu leiten. Durch solche großräumigen Alternativen würden sensible Bereiche Ost Hessens, der Rhön, des Spessarts sowie die Region um Grafenrheinfeld / Berggrheinfeld nicht noch weiter belastet. Dies ist einerseits aus umweltfachlichen Gesichtspunkten zwingend erforderlich. Außerdem könnte so ein vulnerables Nadelöhr vermieden werden, wenn nicht der gesamte Strom über den Netzknotenpunkt Grafenrheinfeld / Berggrheinfeld laufen würde.

Umweltfachlich ist auch zu berücksichtigen, dass für die Fulda-Main-Leitung (P43) von Dipperz nach Berggrheinfeld der Neubau einer Leitung in neuer Trasse erforderlich wäre. Es erscheint nicht nachvollziehbar, dass der damit verfolgte Zweck nicht mit alternativen netztechnischen Maßnahmen wie der Erhöhung der Übertragungsleistung vorhandener Leitungen oder sonstigen Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen am vorhandenen Netz erreicht werden kann.

Aus Gründen der Transparenz und zur Steigerung der Akzeptanz in der Bevölkerung ist es zwingend erforderlich, den von den Zu- und Ableitungen betroffenen Landkreisen um den Netzknotenpunkt Grafenrheinfeld / Berggrheinfeld eine verlässliche Gesamtperspektive zu bieten. Zurzeit drängt sich das Bild einer Salami-Taktik auf, die selbst die mit der Erdverkabelung verbesserte Akzeptanz des SuedLink gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Bold
L a n d r a t